

Chronologie der Europäischen Integration 2002

SIMONE WESKE

Januar

Euro

1. Januar: Bargeldeinführung der einheitlichen Währung in 12 Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien). Die nationalen Währungen werden durch die neuen Euro-Münzen und -Banknoten ersetzt. Bis zum Ende der parallelen Umlaufphase am 28. Februar sind jedoch beide Währungen als Zahlungsmittel gültig.

Europäisches Parlament

8. Januar: Patrick Cox wird zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.

Nizza

8. Januar: Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des Vertrags von Nizza durch Österreich.

Nizza

18. Januar: Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des Vertrags von Nizza durch Portugal.

Binnenmarkt

21. Januar: Der Europäische Rat und das Parlament verabschieden zwei neue Richtlinien betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW).

Rolle der EU in der Welt

21./ 22. Januar: Eine Geberkonferenz für Afghanistan findet auf Ministerienebene in Tokio statt. Vorrangiges Ziel ist die Bündelung finanzieller Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft für den Wiederaufbau in Afghanistan. Die Kommission kündigt an, sie werde neben der humanitären

Hilfe im Zeitraum 2002-2006 Entwicklungshilfe von rund 1 Mrd. Euro bereitstellen.

Umwelt

23. Januar: Die Kommission nimmt einen Richtlinienvorschlag zur Umwelthaftung an, der nicht nur die Sanierung der Umwelt unter Anwendung des Verursacherprinzips, sondern auch die Vermeidung von Umweltschäden zum Ziel hat.

Verkehr

23./ 24. Januar: Die Kommission legt fünf Legislativvorschläge sowie eine einleitende Mitteilung mit dem Titel „Schaffung eines integrierten europäischen Eisenbahnraums“ vor. Ziel ist die Förderung der Eisenbahnnutzung auf dem Gebiet der Gemeinschaft.

Forschung und Technologie

24. Januar: Die Kommission schlägt in einer Mitteilung mit dem Titel „Biowissenschaften und Biotechnologie – eine Strategie für Europa“ eine durch einen Aktionsplan ergänzte europäische Strategie vor, die unter anderem die verstärkte Mobilität und Vernetzung der Akteure und die verantwortungsvolle Nutzung der Biotechnologie unter Wahrung der europäischen Grundwerte fördern will. Die konsequente Umsetzung dieser Strategie soll durch einen regelmäßigen Fortschrittsbericht sowie durch die Veranstaltung eines Forums der Interessenvertreter gewährleistet werden.

Nizza

25. Januar: Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des Vertrags von Nizza durch Schweden.

Erweiterung

28. Januar: Der Rat fasst eine Reihe von Beschlüssen zur Aktualisierung der Grundsätze,

CHRONOLOGIE

Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaften für sämtliche Kandidatenländer mit Ausnahme der Türkei.

Sicherheit und Recht

28. Januar: Der Rat billigt ein Strategiedokument zum Terrorismus in Europa, in dem insbesondere eine bessere Koordinierung und Ausrichtung des Vorgehens des Rates in diesem Bereich und eine Verstärkung der Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen in Bezug auf Sprengstoffe befürwortet wird.

Fischerei

28. Januar: Der Rat ändert eine Verordnung zur Festlegung der Modalitäten für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor. Damit wird im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2002 eine vergleichbare Stilllegung als Voraussetzung für die Einführung neuer Kapazitäten in den Segmenten, in denen die jährlichen Ziele noch nicht verwirklicht sind, vorgeschrieben.

Gesundheit und Verbraucherschutz

28. Januar: Das Parlament und der Rat verabschieden eine Verordnung, die entsprechend dem Weißbuch zur Lebensmittelsicherheit die Behörde für Lebensmittelsicherheit begründet. Aufgabe dieser Behörde ist es, der Europäischen Union eine unabhängige wissenschaftliche und technische Begutachtung zu liefern. Die Verordnung schreibt die allgemeinen Vorschriften und Grundsätze des Lebensmittelrechts fest und erweitert den Geltungsbereich des Schnellwarnsystems auch auf Futtermittel.

Nizza

29. Januar: Hinterlegung der Ratifizierungs-urkunde des Vertrags von Nizza durch Finnland.

Erweiterung

30. Januar: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Erweiterung und die Landwirtschaft an. In dem Papier stellt die Kommission klar, dass es längerfristig keine zweigleisige Agrarpolitik geben wird. Sie unterstreicht, dass noch weitere Anstrengungen zur Umstrukturierung der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie in den Bewerberländern erforderlich sind.

Weiterhin nimmt die Kommission eine Mitteilung über den gemeinsamen Finanzrahmen 2004-2006 für die Beitrittsverhandlungen an. Es wird eine Übergangsregelung für den Haushaltsausgleich befürwortet, damit sich kein neuer Mitgliedstaat in einer Nettohaushaltsposition wiederfindet, die deutlich ungünstiger ausfällt als im Jahr vor dem Beitritt.

Februar

Ausschuss der Regionen

6. Februar: Albert Bore wird zum Präsidenten des Ausschusses der Regionen gewählt.

Nizza

11. Februar: Hinterlegung der Ratifizierungs-urkunde des Vertrags von Nizza durch Deutschland.

Binnenmarkt

12. Februar: Der Rat ändert einige Richtlinien, um durch eine stärkere Annäherung der in den Mitgliedstaaten erhobenen Verbrauchsteuern auf Tabakerzeugnisse einen Beitrag zur Verringerung der Steuerhinterziehung und des Schmuggels in der Gemeinschaft zu leisten.

Umwelt

12. Februar: Das Europäische Parlament und der Rat unterzeichnen eine Richtlinie über den Ozon-gehalt in der Luft.

Umwelt

18. Februar: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden eine Verordnung zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe, um eine wichtige Gefahrenquelle für die Meeresverschmutzung zu beseitigen.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

18. Februar: Der Rat nimmt eine Empfehlung zur Umsetzung der Beschäftigungspolitiken der Mitgliedstaaten sowie einen Beschluss über die beschäftigungspolitischen Leitlinien im Jahr 2002 an.

Wirtschafts- und Währungspolitik

21. Februar: Die Kommission nimmt einen Bericht über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik für 2001 an. Danach ist die makroökonomische Politik zwar in angemessener Weise an den Konjunkturabschwung in 2001 angepasst worden, doch müssen hinsichtlich der Strukturpolitiken noch Anstrengungen unternommen werden.

Konvent

28. Februar: Konstituierende Sitzung und Eröffnung des Konvents über die Zukunft der Europäischen Union, der Ende 2001 vom Europäischen Rat in Laeken eingerichtet wurde. Auf der Eröffnungstagung erläutert der Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing die Diskussionsthemen, die Zielsetzungen und die Arbeitsorganisation des Konvents.

Rolle der EU in der Welt

28. Februar: Der Rat fasst formell den Beschluss über den Abschluss der 1999 unterzeichneten sieben Abkommen mit der Schweiz. Diese Abkommen betreffen die Freizügigkeit, den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße, den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen, einige Aspekte im Zusammenhang mit dem öffentlichen Auftragswesen sowie die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit.

Sicherheit und Recht

28. Februar: Der Rat erstellt einen „Gesamtplan zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung“. Dieser dient der Festlegung eines gemeinsamen und integrierten Ansatzes für alle Fragen im Zusammenhang mit der illegalen Einwanderung und dem Menschenhandel. Der Rat zeigt Bereiche auf, in denen Handlungsbedarf besteht, darunter die Visapolitik, die Bedingungen für die Rückübernahme und die Rückführung, die Grenzkontrolle, Europol und Strafen.

März

Euro

1. März: Ende der parallelen Umlaufphase. Der Euro ist nun die einzige gültige Währung in den Ländern der Eurozone.

Rolle der EU in der Welt

1. März: Die Kommission billigt ein Strategiepapier, das den Rahmen für die Kooperation der Europäischen Union mit China für den Zeitraum 2002-2006 skizziert.

Umwelt

1. März: Das Europäische Parlament und der Rat unterzeichnen einen Beschluss über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung von hauptsächlich im Umweltschutz tätigen Nichtregierungsorganisationen. Dieses Programm basiert auf einem Bericht aus dem Jahr 2001 und dient der systematischen Einbeziehung dieser Nichtregierungsorganisationen in die Ausarbeitung und Umsetzung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften.

Verkehr

1. März: Das Europäische Parlament und der Rat beschließen eine Verordnung zur Einführung einer einheitlichen Fahrerbescheinigung für die Güterbeförderung. Ziel ist eine wirksame Kontrolle der Beschäftigungsverhältnisse von Berufskraftfahrern in der Gemeinschaft, die mit einer Gemeinschaftslizenz im grenzüberschreitenden Verkehr tätig sind.

Rolle der EU in der Welt

6. März: Die Kommission verabschiedet eine Mitteilung über die Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung im Rahmen der Armutsminderung in den Entwicklungsländern.

Informationsgesellschaft

7. März: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden eine Reihe von Rechtsakten betreffend den Rechtsrahmen für Kommunikationsnetze und -dienste. Diese zielen unter anderem auf die Angleichung der nationalen Systeme und auf den Abbau verwaltungstechnischer Hindernisse für die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

11. März: Die Kommission nimmt eine Mitteilung mit folgendem Titel an: „Anpassung an den Wandel von Arbeitswelt und Gesellschaft: Eine neue Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2002-2006“. Diese Strategie beruht auf einem globalen Konzept des Wohlbefindens bei der Arbeit, wobei sie insbesondere eine Kultur der Prävention physischer, aber auch psychologischer und sozialer Risiken fördert.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

11. März: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen eine Richtlinie zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft sowie eine Richtlinie zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben.

Rat

15./16. März: Tagung des Europäischen Rats in Barcelona. Wirtschaftspolitisch verweist der Europäische Rat auf die Notwendigkeit einer Koordinierung der Haushaltspolitiken, um solide öffentliche Finanzen auf lange Sicht zu garantieren und die Euro-Zone zu stärken. Was den Umweltbereich angeht, so begrüßt der Europäische Rat die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls und unterstreicht die Bedeutung des sechsten Aktionsprogramms. Entwicklungspolitisch betont er sein Engagement für eine nachhaltige Entwicklung und bringt insbesondere sein Interesse für die Konferenzen von Monterrey und Johannesburg zum Ausdruck. Im Bereich der Außenbeziehungen wird über den Ausbau der Partnerschaft zwischen Europa und dem Mittelmeerraum, Serbien und Montenegro, die protektionistischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten und über Zimbabwe diskutiert. Ferner nimmt der Europäische Rat eine Erklärung zum Nahen Osten an.

Rolle der EU in der Welt

18.-21. März: Plenartagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU in Kapstadt (Südafrika). In den Erörterungen wird das langsame Vorschreiten des Ratifizierungsprozesses des im Juni 2000 unterzeichneten Abkommens von Cotonou kritisiert. Die Gespräche befassen sich außerdem mit dem Europäischen Entwicklungsfonds, den Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, der neuen Initiative

für Afrika (NEPAD), Gleichstellungs- und Gesundheitsfragen, der nachhaltigen Entwicklung und dem zehnten Jahrestag der Umweltkonferenz von Rio.

Rolle der EU in der Welt

18.-22. März: Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey (Mexiko). Die Konferenz verabschiedet den „Monterrey-Konsens“, ein Dokument, das einen Katalog von Maßnahmen umfasst, die auf nationaler und internationaler Ebene angenommen werden sollen, um der Bevölkerung der armen Länder akzeptablere Lebensbedingungen zu schaffen. Bei der Konferenz wird zu einer neuen Partnerschaft zwischen reichen und armen Ländern aufgerufen. Die reichen Länder sind aufgefordert, mehr zur Finanzierung der Entwicklung der armen Länder beizutragen. Die armen Länder sollen ihrerseits Strukturreformen einleiten.

Rolle der EU in der Welt

22. März: Die Kommission nimmt eine Mitteilung mit dem Titel: „Gesundheit und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern“ an. Darin skizziert die Kommission erstmals einen einheitlichen politischen Rahmen der Gemeinschaft, um Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Aids und Bevölkerungspolitik in den Gesamtzusammenhang der EU-Hilfe für die Entwicklungsländer einzubetten.

Informationsgesellschaft

22. März: Das Europäische Parlament und der Rat beschließen eine Verordnung zur Einführung des Internetbereichs oberster Stufe „eu“.

Rolle der EU in der Welt

25. März: Der Rat schließt mit Jordanien ein Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen. Es ersetzt das Kooperationsabkommen und das Abkommen über die EGKS-Erzeugnisse von 1977 und sieht unter anderem die Einrichtung eines regelmäßigen politischen Dialogs sowie die allmähliche Errichtung einer Freihandelszone binnen zwölf Jahren vor.

Verkehr

25. März: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zur Erhöhung der Sicherheit von Fahrgastschiffen an.

Verkehr

26. März: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen eine Richtlinie über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Gemeinschaft.

April

Umwelt

5. April: Das Europäische Parlament und der Rat unterzeichnen zwei Verordnungen zum Schutz der Wälder in der Gemeinschaft gegen Luftverschmutzung und Brände.

Energie

9. April: Die Kommission nimmt einen Vorschlag zur Festlegung eines mehrjährigen Programms 2003-2006 für Maßnahmen im Energiebereich an.

Sicherheit und Recht

10. April: Die Kommission genehmigt ein Grünbuch über eine Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen.

Sicherheit und Recht

19. April: Die Kommission genehmigt ein Grünbuch über alternative Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten, die unter das Zivil- bzw. Handelsrecht fallen.

Rolle der EU in der Welt

22./23. April: Sechste Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz in Valencia. Die Teilnehmer heben die Bedeutung eines intensiveren Dialogs und einer Wiederbelebung der Grundsätze von Barcelona (1995) hervor, die in der Mittelmeerregion einen Raum der Stabilität, des Friedens, der Entwicklung, des gemeinsamen Wohlstands, der Zusammenarbeit und des Verständnisses zwischen Kulturen und Zivilisationen etablieren wollten. Ein in Valencia verabschiedeter Aktionsplan beinhaltet unter anderem die Intensivierung des politischen Dialogs, des Handels und der finanziellen Zusammenarbeit und die Einrichtung einer Kulturstiftung Europa-Mittelmeer sowie einer parlamentarischen Europa-Mittelmeer-Versammlung auf institutioneller Ebene.

Rolle der EU in der Welt

22. April: Unterzeichnung eines Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommens mit Algerien, welches das Kooperationsabkommen und das Abkommen über die EGKS-Erzeugnisse von 1976 ersetzt. Gegenstand des neuen Abkommens sind unter anderem ein regelmäßiger politischer Dialog, die allmähliche Einrichtung einer Freihandelszone, Bestimmungen zur Liberalisierung des Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, zum Wettbewerbsrecht und zur Stärkung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher und finanzieller Ebene sowie im Bereich Justiz und Inneres.

Sicherheit und Recht

25. April: Der Rat erlässt eine Verordnung über eine allgemeine Rahmenregelung der Gemeinschaft zur Verwirklichung des europäischen Rechtsraums in Zivilsachen.

Umwelt

25. April: Der Rat billigt das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen.

Mai

Rolle der EU in der Welt

2. Mai: Gipfeltreffen Europäische Union – Vereinigte Staaten in Washington. Die Teilnehmer verständigen sich auf den Abschluss einer positiven Wirtschaftsagenda, eines Programms zur Vertiefung der Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen wie Finanzmärkte, Tier- und Pflanzengesundheitsnormen, ökologischer Landbau und elektronische Zollverfahren. Präsident Bush verpflichtet sich, die amerikanische Steuergesetzgebung zu reformieren, um sie den Bestimmungen der Welthandelsorganisation über Steuererleichterungen anzugleichen.

Sicherheit und Recht

3. Mai: Die Kommission schlägt eine Verordnung über die Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung vor.

Sicherheit und Recht

7. Mai: Die Kommission beschließt eine Mitteilung mit dem Titel „Auf dem Weg zu einem integrierten Grenzschutz an den Außengrenzen der EU-Mitgliedstaaten“. Ausgehend von einer Bestandsanalyse schlägt sie eine gemeinsame Grenzschutzpolitik vor, die folgende fünf Elemente umfasst: Gemeinsame Rechtsvorschriften; einen gemeinsamen operativen Mechanismus für abgestimmte Vorgehensweisen und Zusammenarbeit; eine gemeinsame integrierte Risikobewertung; ein für die europäische Dimension geschultes Personal sowie Lastenteilung unter den Mitgliedstaaten mit Blick auf die Errichtung einer Europäischen Grenzpolizei.

Gesundheit und Verbraucherschutz

7. Mai: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Verbraucherpolitik 2002-2006 an. Ziele dieser Strategie sind die Gewährleistung eines gleichmäßig hohen Verbraucherschutzniveaus, wirksame Durchsetzung der Rechtsvorschriften zum Verbraucherschutz und Einbeziehung der Verbraucherverbände in die Gemeinschaftspolitik.

Gesundheit und Verbraucherschutz

7. Mai: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen eine Richtlinie über unerwünschte Stoffe und Erzeugnisse in der Tierernährung.

Bildung und Kultur

7. Mai: Der Rat erklärt Cork (Irland) zur Kulturhauptstadt Europas 2005.

Rolle der EU in der Welt

8. Mai: Gipfeltreffen Europäische Union – Kanada in Toledo. Die Teilnehmer sprechen sich für eine Verstärkung ihrer justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit aus. Außerdem befürworten sie eine Vertiefung der bilateralen Handelsbeziehungen und eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Entwicklungs- und Umweltpolitik sowie in Forschung und Wissenschaft.

Verkehr

13. Mai: Das Europäische Parlament und der Rat beschließen eine Verordnung über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei Unfällen.

Rolle der EU in der Welt

17./18. Mai: Gipfeltreffen Europäische Union – Lateinamerika, einschließlich des karibischen Raums, in Madrid. Ziel der Gespräche ist die Vertiefung der strategischen Partnerschaft, die 1999 auf dem ersten Gipfeltreffen von Rio begründet wurde.

Verkehr

21. Mai: Der Rat verabschiedet eine Verordnung zur Errichtung des gemeinsamen Unternehmens Galileo.

Konvent

22. Mai: Die Kommission verabschiedet die für den Konvent bestimmte Mitteilung „Ein Projekt für die Europäische Union“. Dieses Projekt umschreibt drei Hauptaufgaben der Union: Die Konsolidierung ihres Modells für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Fortentwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und die Wahrnehmung ihrer Verantwortung als globale Kraft.

Verkehr

27. Mai: Das Europäische Parlament und der Rat beschließen eine Verordnung über gemeinsame Regeln für die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen in der Gemeinschaft.

Gemeinschaftlicher Wirtschafts- und Sozialraum

28. Mai: Die Kommission beschließt Mitteilungen über die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik und über einen Aktionsplan der Gemeinschaft zur Einbeziehung der Umweltschutzanforderungen in die gemeinsame Fischereipolitik.

Informationsgesellschaft

28. Mai: Die Kommission schlägt einen Aktionsplan (eEurope 2005) vor, durch den sie die Entwicklung sicherer Dienste, Anwendungen und Inhalte fördern will.

Kommission

28. Mai: Die Kommission formuliert Leitlinien zur Schaffung eines Rechtsrahmens, auf den sich die Dienststellen der EU-Organen stützen können, um Strukturen vom Typus des „Amtes“ zur Ausführung verwaltungstechnischer Aufgaben zu errichten. Diese neuartigen Ämter sollen dauer-

haft Aufgaben von Dienststellen der Kommission übernehmen können.

Rolle der EU in der Welt

29. Mai: Gipfeltreffen Europäische Union – Russland in Moskau. Die Europäische Union bekundet ihre Absicht, Russland den Status einer Marktwirtschaft einschließlich der damit verbundenen Handelsvorteile zuzuerkennen, und bekräftigt, sie werde die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums und eine baldige Aufnahme Russlands in die Welthandelsorganisation unterstützen. Die Parteien nehmen gemeinsame Erklärungen zum Energiedialog und zur Verstärkung ihres politischen Dialogs an. Darüber hinaus beraten sie eingehend über die besondere Situation Kaliningrads, das nach der Erweiterung zu einer russischen Enklave in der Europäischen Union werden wird.

Unionsbürgerschaft

30. Mai: Die Kommission billigt einen Bericht über die Anwendung einer Richtlinie zu den Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen.

Juni

Nizza

3. Juni: Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des Vertrags von Nizza durch Griechenland.

Institutionelle Fragen

5. Juni: Die Kommission nimmt eine Reihe von Mitteilungen zu einem Aktionsplan bezüglich der Vereinfachung und Verbesserung des Regelungsumfelds an.

Erweiterung

5. Juni: Die Kommission leitet auf Grundlage ihres Strategiepapiers „Die Erweiterung erfolgreich gestalten“ und gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Laeken für jedes an den Verhandlungen beteiligte Land einen Aktionsplan zum Ausbau der Kapazitäten im Verwaltungs- und Justizbereich ein.

Binnenmarkt

6. Juni: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen eine Richtlinie, mit der ein einheitlicher EU-weit geltender Rahmen für Sicherheiten in Form von Wertpapieren und Barguthaben geschaffen wird. Mit diesem Instrument soll das Risiko bei Transaktionen begrenzt und das Funktionieren und die Stabilität der europäischen Finanzmärkte verbessert werden.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

10. Juni: Das Europäische Parlament und der Rat billigen einen Beschluss über gemeinschaftliche Anreizmaßnahmen zur Beschäftigungsförderung.

Rolle der EU in der Welt

10.-13. Juni: Welternährungsgipfel in Rom. Im Vorfeld des Gipfels formulierten das Europäische Parlament am 16. Mai und anschließend der Rat am 30. Mai verschiedene Leitlinien, um das Problem der Ernährungssicherheit mit einem breiteren Ansatz anzugehen. So sollten sowohl die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln als auch der Zugang zur Nahrungsmittelversorgung seitens der Bevölkerung berücksichtigt und die grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen von Hunger und Armut klar benannt werden.

Informationsgesellschaft

12. Juni: Die Kommission gibt in der Mitteilung „Wege zur allgemeinen Verbreitung der Mobilkommunikation der dritten Generation“ einen Überblick über die derzeitige Lage der Branche der Mobilfunklizenzen der dritten Generation und analysiert entsprechend der Aufforderung durch den Europäischen Rat von Barcelona die finanziellen, technischen und rechtlichen Fragen im diesem Zusammenhang.

Gemeinsame Handelspolitik

13. Juni: Aufgrund des Beschlusses der Vereinigten Staaten, Sonderzölle von bis zu 30% auf Stahlimporte zu erheben, erlässt der Rat eine Verordnung zur Einführung zusätzlicher Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den USA.

Sicherheit und Recht

13. Juni: Der Rat erlässt eine Verordnung zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatsangehörige und verabschiedet ein

Aktionsprogramm für die Verwaltungszusammenarbeit in den Bereichen Außengrenzen, Visa, Asyl und Einwanderung (ARGO). Außerdem nimmt er drei Rahmenbeschlüsse an: Zur Annäherung der Position der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Definition terroristischer Akte und die angemessenen Sanktionen, zum europäischen Haftbefehl und zu gemeinsamen Ermittlungsgruppen im Rahmen der polizeilichen Zusammenarbeit.

Rolle der EU in der Welt

17. Juni: Die Gemeinschaft unterzeichnet ein Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen mit Libanon. Gegenstand des Abkommens sind unter anderem die Achtung der Grundsätze der Demokratie und der Menschenrechte, ein regelmäßiger politischer Dialog und die Errichtung einer Freihandelszone nach einer Übergangsfrist von höchstens zwölf Jahren.

Rolle der EU in der Welt

17. Juni: Der Rat nimmt einen Beschluss an, mit dem die Kommission ermächtigt wird, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten und den AKP-Regionen auszuhandeln.

Wirtschafts- und Währungspolitik

21. Juni: Der Rat nimmt eine Empfehlung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft für 2002 an. Die Anstrengungen sollten schwerpunktmäßig folgende Aspekte betreffen: Erhalt und Stärkung des makroökonomischen Rahmens, Erhöhung der Beschäftigungsquote und der Arbeitsplätze, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Schaffung günstiger Bedingungen für ein starkes Produktivitätswachstum und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Rat erneut sein Festhalten am Stabilitäts- und Wachstumspakt und an der Fortsetzung der Sanierung der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten.

Rat

21./22. Juni: Tagung des Europäischen Rats in Sevilla. Auf dieser Tagung geht es vor allem um die Reform der Arbeitsmethoden des Europäischen Rats und des Rats, um die Verwirklichung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und um die Erweiterung und die Terrorismusbekämpfung. In diesem Sinne nimmt der Europäische Rat eine Erklärung an, auf deren

Grundlage die für die Bekämpfung des Terrorismus erforderlichen Kapazitäten stärker berücksichtigt werden sollen. Im Zusammenhang mit der Erweiterung bestätigt er die Entschlossenheit der Europäischen Union, die Verhandlungen mit zehn Ländern bis Ende 2002 abzuschließen, falls diese Länder dazu bereit sind. Der Beitrittsvertrag soll dann im Frühjahr 2003 unterzeichnet werden. Im Bereich der Außenbeziehungen nimmt er Erklärungen zur Lage in Indien, im Nahen Osten und in Pakistan an.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

24. Juni: Die Kommission beschließt einen Richtlinienvorschlag betreffend einige Aspekte der Regelung der Arbeitszeit.

Haushalt

25. Juni: Der Rat nimmt eine neue Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften an.

Umwelt

25. Juni: Der Rat fasst einen Beschluss bezüglich des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

26. Juni: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über den europäischen sozialen Dialog an. Am gleichen Tag schlägt sie außerdem vor, einen Beschluss über die Einrichtung eines Dreier-Sozialgipfels für Wachstum und Beschäftigung zu fassen. So soll den Sozialpartnern die Möglichkeit gegeben werden, ihren Beitrag zu den verschiedenen Teilbereichen der in Lissabon ins Leben gerufenen integrierten Strategie zu leisten. Im Übrigen zielt dieser Vorschlag auch darauf ab, die Sozialgipfel, wie sie bereits in Stockholm und in Barcelona stattgefunden haben, zu institutionalisieren.

Rolle der EU in der Welt

26./27. Juni: Das jährliche G8-Gipfeltreffen findet in Kananaskis (Kanada) statt. Die Teilnehmer geben eine Reihe von Erklärungen ab, die sich hauptsächlich mit dem Kampf gegen den Terrorismus, der Sicherheit im Verkehr, der Nichtverbreitung von Waffen und einem Aktionsplan im Rahmen einer neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) befassen.

Gemeinsame Handelspolitik

27. Juni: Der Rat erlässt eine Verordnung zur Einführung befristeter Schutzmaßnahmen für den Schiffbau der Gemeinschaft und spricht sich für die Einleitung eines WTO-Verfahrens gegen Südkorea aus. Dies entspricht dem schon früher geäußerten Vorwurf, dass die südkoreanische Schiffbauindustrie in mehreren Segmenten über eine marktbeherrschende Position verfüge und Dumpingpraktiken anwende.

Verkehr

27. Juni: Das Europäische Parlament und der Rat genehmigen eine Richtlinie über die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs-, Kontroll- und Informationssystems für den Seeverkehr.

Forschung und Technologie

27. Juni: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden das sechste mehrjährige Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (2002-2006).

Juli

Gemeinschaftlicher Wirtschafts- und Sozialraum

1. Juli: Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission nehmen einen Beschluss über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des europäischen Datenschutzbeauftragten an.

Euro

1. Juli: Inkrafttreten der Verordnung über die Vereinfachung grenzüberschreitender Zahlungen. Diese gewährleistet identische Gebühren bei nationalen und grenzüberschreitenden Transaktionen und soll so einen einheitlicher Zahlungsraum im Euro-Gebiet schaffen.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

2. Juli: Die Kommission beschließt Mitteilungen über die soziale Verantwortung der Unternehmen.

Finanzen

2. Juli: Die Kommission nimmt den Jahresbericht (2001) über den Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft und die Betrugsbekämpfung an.

Rolle der EU in der Welt

2. Juli: Die Kommission schlägt die Schaffung eines neuen Rahmens für die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den Ländern Lateinamerikas und Asiens vor.

Rolle der EU in der Welt

8. Juli: Gipfeltreffen Europäische Union – Japan in Tokio. Beide Seiten äußern sich mit Befriedigung über die Intensivierung des Dialogs, insbesondere durch die Umsetzung des auf dem vorausgegangenen Gipfeltreffen angenommenen globalen Aktionsplans für die Zusammenarbeit zwischen Europa und Japan.

Nizza

9. Juli: Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des Vertrags von Nizza durch Italien.

Landwirtschaft

10. Juli: Die Kommission beschließt eine Mitteilung über die Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Informationsgesellschaft

12. Juli: Der Rat und das Europäische Parlament unterzeichnen eine Richtlinie über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation.

Verkehr

15. Juli: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen eine Verordnung über gemeinsame Vorschriften im Bereich der Zivilluftfahrt und zur Einrichtung einer Europäischen Agentur für Flugsicherheit.

Sicherheit und Recht

19. Juli: Der Rat nimmt einen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung des Menschenhandels an.

Sicherheit und Recht

22. Juli: Der Rat erlässt ein Rahmenprogramm für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (AGIS).

Umwelt

22. Juli: Das Europäische Parlament und der Rat beschließen ein Umweltaktionsprogramm für den Zeitraum 2001-2010. Dieses sechste Aktionsprogramm übernimmt einige Ziele des vorangegangenen Programms, wobei die Bereiche Klimaänderung, Naturschutz, Gesundheit und natürliche Ressourcen besonders im Mittelpunkt stehen.

Wettbewerb

23. Juli: Der Rat nimmt eine Verordnung über staatliche Beihilfen zugunsten des Steinkohlenbergbaus an.

EGKS

23. Juli: Auslaufen des Pariser Vertrages über die Gründung der EGKS, der für eine Dauer von 50 Jahren ab seinem Inkrafttreten im Jahr 1952 geschlossen worden war. Dieses Ereignis führt nicht nur zu verschiedenen Gedenkveranstaltungen, sondern auch zu praktischen Maßnahmen, um das Fortleben der finanziellen, technischen und juristischen Hinterlassenschaft dieser Gründungsgemeinschaft zu gewährleisten.

Nizza

25. Juli: Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des Vertrags von Nizza durch das Vereinigte Königreich.

Informationsgesellschaft

26. Juli: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Entscheidung zur Annahme eines Mehrjahresprogramms (2003-2005) betreffend die Überwachung und Beobachtung von eEurope, die Verbreitung empfehlenswerter Verfahren und die Verbesserung der Netz- und Informationssicherheit an.

Wettbewerb

31. Juli: Die Kommission erlässt eine den Kraftfahrzeugsektor betreffende Verordnung.

August

Nizza

26. August: Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des Vertrags von Nizza durch Belgien.

Rolle der EU in der Welt

26. August - 4. September: Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (Südafrika).

September

Wirtschafts- und Währungspolitik

3. September: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zur Straffung der alljährlichen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Koordinierung an.

Drogen

10. September: Die Kommission schlägt eine Verordnung betreffend Drogenausgangsstoffe vor, die eine bessere Überwachung und Kontrolle des Handels mit diesen Stoffen gewährleisten soll.

Rolle der EU in der Welt

10. September: Eröffnung der 57. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York. Am Rande der Tagung der Generalversammlung finden eine Reihe von Tagungen zwischen der Europäischen Union, vertreten durch die Troika, und anderen Ländern sowie mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen statt.

Rolle der EU in der Welt

11. September: Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, des Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Präsidenten der Kommission und des GASP-Vertreters anlässlich des ersten Jahrestags der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie betonen die Solidarität der Europäischen Union mit dem amerikanischen Volk und ihre Entschlossenheit, einen Beitrag im Kampf gegen den Terrorismus zu leisten. In der Erklärung wird ferner auf die Bedeutung des Dialogs zwischen den Kulturen sowie die Wichtigkeit einer gerechten internationalen Ordnung hingewiesen.

Wettbewerb

16. September: Die Kommission erlässt eine Richtlinie über den Wettbewerb auf den Märkten für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste.

Rolle der EU in der Welt

18. September: In einer Mitteilung über Handel und Entwicklung unterstreicht die Kommission die Notwendigkeit, die Zusagen, die anlässlich der Gipfeltreffen von Doha, Monterrey und Johannesburg abgegeben wurden, in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Rolle der EU in der Welt

22.-24. September: Gipfeltreffen Asien-Europa (ASEM) in Kopenhagen. Es wird eine Erklärung zur Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung angenommen, verbunden mit einem Aktionsplan und einer Erklärung zur Lage auf der koreanischen Halbinsel. Erstmals ziehen sich die Staats- und Regierungschefs zu informellen Gesprächen zum Thema „Dialog der Kulturen und Zivilisationen“ zurück, um die derzeitigen internationalen Spannungen unter dem Blickwinkel der kulturellen Vielfalt zu betrachten. Es wird beschlossen, 2003 auf politischer Ebene eine Konferenz zu diesem Thema abzuhalten.

Rolle der EU in der Welt

23. September: Unterzeichnung eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Chile.

Gesundheit und Verbraucherschutz

23. September: Der Rat nimmt die Zulassung des Kokzidiostatikums Nifursol als Zusatzstoff in der Tierernährung wegen seiner potenziellen Gefahr für die menschliche Gesundheit zurück.

Gesundheit und Verbraucherschutz

23. September: Parlament und Rat erlassen eine Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher mit dem Ziel, einen geeigneten rechtlichen Rahmen zur Förderung des Binnenmarktes und des Verbraucherschutzes zu schaffen.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

23. September: Das Europäische Parlament und der Rat unterzeichnen Richtlinien über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitsgebers und über den Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in den Bereichen Beschäftigung, Berufsbildung und Arbeitsbedingungen.

Rolle der EU in der Welt

24. September: Erstes Gipfeltreffen Europäische Union – Republik Korea am Rande der ASEM-Konferenz in Kopenhagen. Der koreanische Präsident hebt die Bemühungen der Europäischen Union hervor, durch politischen Dialog sowie technische und humanitäre Hilfe die Reformbestrebungen in der Demokratischen Volksrepublik Korea zu unterstützen. Die Europäische Union begrüßt ihrerseits die jüngsten Fortschritte, die hinsichtlich der innerkoreanischen Zusammenarbeit und Versöhnung erzielt wurden. Die Frage der Beihilfen für den Schiffbau wird eingehend erörtert.

Rolle der EU in der Welt

24. September: Gipfeltreffen Europäische Union – China in Kopenhagen. Die Gespräche betreffen hauptsächlich die Handelsbeziehungen, die Menschenrechte und Taiwan. Der Gipfel endet mit der Annahme einer gemeinsamen Erklärung, die den Stand der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China schildert und einige Bereiche der künftigen Zusammenarbeit, wie illegale Einwanderung und Fremdenverkehr, nennt.

Oktober

Binnenmarkt

2. Oktober: Die Kommission nimmt einen Richtlinienentwurf betreffend Übernahmeangebote an.

Gesundheit und Verbraucherschutz

3. Oktober: Das Europäische Parlament und der Rat unterzeichnen eine Verordnung mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte.

Umwelt

3. Oktober: Der Rat nimmt Entscheidungen zum Inverkehrbringen genetisch veränderter Organismen und zur absichtlichen Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt an.

Sicherheit und Recht

7. Oktober: Die Kommission erlässt eine Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Studienzwecken, zu Zwecken der beruflichen Ausbildung oder der freiwilligen Tätigkeit.

Verkehr

8. Oktober: Unterzeichnung des Protokolls über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocontrol).

Gemeinsame Handelspolitik

8. Oktober: Der Rat harmonisiert verschiedene Verfahren in den Abkommen über die gegenseitige Anerkennung mit Australien, Kanada, den Vereinigten Staaten, Japan und Neuseeland und regelt in Bezug auf die Verwaltung dieser Abkommen die Zuständigkeitsverteilung zwischen Rat und Kommission.

Erweiterung

9. Oktober: Die Kommission billigt ein Strategiepapier über die Erweiterung und die Berichte (2002) über die von den Beitrittsländern erzielten Fortschritte. In ihren Schlussfolgerungen gelangt die Kommission zu der Auffassung, dass alle Länder beträchtliche Fortschritte bei der Umsetzung der Beitrittskriterien erzielt haben. Ihrer Einschätzung nach erfüllen Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern die politischen und wirtschaftlichen Kriterien sowie die Kriterien im Zusammenhang mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand. Sie empfiehlt daher, die Beitrittsverhandlungen mit diesen zehn Ländern bis Ende des Jahres abzuschließen, damit der Beitrittsvertrag im Frühjahr 2003 unterzeichnet werden kann.

Rolle der EU in der Welt

10. Oktober: Gipfeltreffen Europäische Union – Indien in Kopenhagen. Die Gespräche betreffen

vor allem die wachsenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan.

Sicherheit und Recht

14. Oktober: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr von illegal aufhältigen Personen an.

Sicherheit und Recht

16. Oktober: Die Kommission schlägt eine Richtlinie über die Entschädigung für Opfer von Straftaten vor.

Wirtschafts- und Währungspolitik

16. Oktober: Die Kommission legt die neue Liste der Strukturindikatoren vor, auf die sie sich bei der Ausarbeitung ihres nächsten „Frühjahrsberichts“ an den Europäischen Rat stützen wird.

Forschungs- und Technologiepolitik

16. Oktober: 30 Monate nach der Einleitung des Vorhabens zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums (EFR) durch den Europäischen Rat von Lissabon, legt die Kommission eine Bilanz der bisherigen einschlägigen Maßnahmen und Entwicklungen vor und empfiehlt Maßnahmen, um die Mitgliedstaaten wesentlich stärker in Forschungsangelegenheiten einzubeziehen, die Auswirkungen begonnener Maßnahmen zu verstärken und den konzeptuellen und politischen Rahmen zu festigen.

Rolle der EU in der Welt

17. Oktober: Besuch der Troika der Europäischen Union in Moskau.

Umwelt

23. Oktober-1. November: Konferenz über Klimaänderungen in Neu Delhi (Indien).

Umwelt

24. Oktober: Die Kommission schlägt eine Richtlinie über die Qualität der Badegewässer vor.

Erweiterung

28. Oktober: Tagung der Europäischen Union und der Beitrittsländer in Kopenhagen.

Legislativ- und Arbeitsprogramm

30. Oktober: Die Kommission verabschiedet ihr Legislativ- und Arbeitsprogramm für 2003. Was die erweiterungsbedingten Vorbereitungsarbeiten anbelangt, so sollen die beitriffsorientierten Vorbereitungen der Beitrittsländer unterstützt und kontrolliert werden, ferner ist die Überprüfung gemeinschaftlichen Politikbereiche notwendig, damit sie gegebenenfalls einer erweiterten Union angepasst werden können. Im Bereich der Stabilität und Sicherheit sollen die Verkehrssicherheit und der Katastrophenschutz verbessert, die Außengrenzen der erweiterten Union geschützt und Mechanismen zur Annäherung der Völker entwickelt werden. Was das Ziel der nachhaltigen und integrativen Wirtschaft angeht, so möchte die Kommission die europäische Union zur fortgeschrittensten wissensbasierten Wirtschaft entwickeln, sie beabsichtigt die Weiterführung makroökonomischer Maßnahmen und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung.

November

Umwelt

3.-15. November: Zwölfte CITES-Konferenz (Konferenz über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen) in Santiago (Chile).

Wirtschafts- und Währungspolitik

5. November: Der Rat erkennt das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Portugal an und beschließt auf Empfehlung der Kommission, Portugal eine Empfehlung zur Beendigung dieser Situation zuzuleiten.

Verkehr

5. November: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen eine Verordnung und eine Richtlinie zur Sicherheit im Seeverkehr und zur Vermeidung von Umweltverschmutzung durch Schiffe.

Binnenmarkt

5. November: Das Europäische Parlament und der Rat unterzeichnen eine Verordnung über das gemeinsame Vokabular für öffentliche Aufträge.

Fischerei

6. November: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über einen Aktionsplan mit Abhilfemaßnahmen für die sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Folgen aufgrund der Umstrukturierung des Fischereisektors an.

Energie

6. November: Die Kommission verabschiedet eine Mitteilung über die nukleare Sicherheit. Darin schlägt sie die Aufstellung eines neuen gemeinschaftlichen Bezugsrahmens für die Normen der nuklearen Sicherheit vor. So soll eine künftige Richtlinie die Grundverpflichtungen auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Anlagen festschreiben, eine weitere soll die Behandlung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle regeln.

Gemeinschaftlicher Wirtschafts- und Sozialraum

7. November: Unterzeichnung der interinstitutionellen Vereinbarung über die Finanzierung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union durch das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission.

Gemeinschaftlicher Wirtschafts- und Sozialraum

11. November: Der Rat erläßt eine Verordnung zur Einrichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union.

Rolle der EU in der Welt

11. November: Gipfeltreffen Europäische Union – Russland in Brüssel. Es werden Fortschritte in der Kaliningrad-Frage erreicht. In einer auf den Gipfel folgenden Entschließung vom 21. November fordert das Europäische Parlament die Kommission auf, die Umsetzung dieser Einigung genau zu überwachen.

Erweiterung

13. November: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zu den Fahrplänen Bulgariens und Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt an. Beide Länder haben 2007 als Jahr ihres Beitritts ins Auge gefasst.

Rolle der EU in der Welt

18. November: Unterzeichnung des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Chile in Brüssel.

Binnenmarkt

19. November: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Richtlinie über Wertpapierdienstleistungen und geregelte Märkte an.

Energie

25. November: Politische Zustimmung des Rates im Hinblick auf gemeinsame Standpunkte zu dem Vorschlag für eine Richtlinie und dem Vorschlag für eine Verordnung betreffend die Liberalisierung des Strom- und Erdgasmarktes.

Energie

25. November: Nach der Stellungnahme des Europäischen Parlaments in zweiter Lesung am 10. Oktober verabschiedet der Rat nun eine Richtlinie zur Energieeinsparung.

Fischerei

26. November: Die Kommission beschließt eine Mitteilung über einen Aktionsplan zur Verringerung der Abfälle im Meer.

Gemeinschaftlicher Wirtschafts- und Sozialraum

27. November: Die Kommission nimmt drei Mitteilungen an über die Statistiken und Indikatoren der Eurozone, über die Notwendigkeit und die Mittel zur Verbesserung der Qualität der gemeinschaftlichen Statistiken und über die verstärkte Koordinierung der Haushaltspolitik.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

28. November: Gipfel für den Sozialen Dialog in Genval (Belgien). Es geht um die Vorlage des gemeinsamen Mehrjahres-Arbeitsprogramms (2003-2005) durch die Sozialpartner, welches sie in ihrer gemeinsamen Erklärung von Laeken im Dezember 2001 angekündigt hatten.

Sicherheit und Recht

28. November: Der Rat nimmt eine Reihe von Bestimmungen zu illegal aufhältigen Personen sowie einen Beschluss zur Schaffung eines euro-

päischen Netzes zum Schutz von Persönlichkeiten an.

Dezember

Rolle der EU in der Welt

2. Dezember: Geberkonferenz für Afghanistan in Bonn. Am 10. Dezember begrüßt der Rat das auf dieser Konferenz von der Übergangsverwaltung angenommene Dekret und kündigt an, er werde ihre Tätigkeit unterstützen.

Gemeinsame Handelspolitik

2. Dezember: Die Kommission nimmt Vorschläge für Beschlüsse zum Handel mit bestimmten Stahlerzeugnissen und zur Anwendung des Systems der doppelten Kontrolle mit Polen, der Tschechischen Republik und Rumänien an.

Gesundheit und Verbraucherschutz

2. Dezember: Der Rat nimmt eine Empfehlung betreffend Maßnahmen zur Prävention des Rauchens und Initiativen zur Bekämpfung des Tabakkonsums an und beschließt die Strategie für die Verbraucherpolitik (2002-2006).

Sicherheit und Recht

3. Dezember: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Einbeziehung der Migrationspolitik in die Beziehungen der Europäischen Union mit Drittstaaten an.

Binnenmarkt

3. Dezember: Der Rat nimmt eine Richtlinie an, um die Mitgliedstaaten länger zu ermächtigen, auf bestimmte arbeitsintensive Dienstleistungen einen ermäßigten MwSt.-Satz anzuwenden.

Binnenmarkt

3. Dezember: Das europäische Parlament und der Rat nehmen eine Entscheidung betreffend das FISCALIS-Programm 2007 an.

Konvent

4. Dezember: Als Beitrag zur Debatte des Konvents beschließt die Kommission eine Mitteilung über die institutionelle Architektur der Europäischen Union. Ihrer Ansicht nach muss das Parlament im Gesetzgebungs- und Haushalts-

verfahren eine größere Rolle spielen. Bezüglich der Präsidentschaft im Rat spricht sich die Kommission für die Beibehaltung der halbjährlichen Rotation beim Vorsitz des Europäischen Rates, des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ und des Ausschusses der ständigen Vertreter aus, bei den anderen Ratsformationen solle der Rat eines seiner Mitglieder für ein Jahr zum Vorsitzenden wählen. Schließlich schlägt die Kommission vor, ihren eigener Präsident künftig vom Europäischen Parlament wählen zu lassen.

Verkehr

6. Dezember: Unterzeichnung des Abkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und China über den Seeverkehr.

Erweiterung

9./ 10. Dezember: Beitrittskonferenzen auf Ministerebene in Brüssel mit Zypern, Estland, Ungarn, Malta, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Slowenien.

Umwelt

9.-13. Dezember: Sechste Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen (Baseler Übereinkommen).

Gemeinschaftlicher Wirtschafts- und Sozialraum

10. Dezember: Der Rat nimmt eine Entscheidung betreffend die Sondersteuer „octroi de mer“ in den französischen überseeischen Departements an.

Wirtschafts- und Währungspolitik

11. Dezember: Die Kommission beschließt eine Mitteilung über eine Bestandsaufnahme der Wirtschaft der Union im Jahr 2002.

Wettbewerb

11. Dezember: Die Kommission nimmt eine Entscheidung über die Kontrolle der Unternehmenszusammenschlüsse an.

Wettbewerb

12. Dezember: Die Kommission erlässt eine Verordnung über staatliche Beihilfen für die Beschäftigung.

Rat

12./ 13. Dezember: Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen. Die Beitrittsverhandlungen mit Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Slowenien werden abgeschlossen. Dies soll am 16. April 2003 zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrags in Athen und zur tatsächlichen Erweiterung ab dem 1. Mai 2004 führen, wenn der für das Inkrafttreten des Vertrags von Athen notwendige Ratifizierungsprozess abgeschlossen ist. Dieser Zeitplan ermöglicht den neuen Mitgliedstaaten, sowohl an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2004 als auch an der nächsten Regierungskonferenz zur institutionellen Reform der Union teilzunehmen. Als Ziel für 2007 wird der Beitritt Bulgariens und Rumaniens bestätigt. Ferner wurde die Eröffnung der Verhandlungen mit der Türkei für Ende 2004 in Aussicht gestellt, falls dieses Land die Kriterien von Kopenhagen erfüllt.

Gemeinsame Handelspolitik

13. Dezember: Die Kommission schlägt eine Verordnung für die Kontrolle der Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck vor.

Gesundheit und Verbraucherschutz

13. Dezember: Die Kommission schlägt eine Richtlinie mit gemeinschaftlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche vor.

Gesundheit und Verbraucherschutz

16. Dezember: Die Kommission erlässt eine Verordnung zur Festlegung von Tiergesundheitsvorschriften für Erzeugnisse tierischen Ursprungs, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind.

Gemeinschaftlicher Wirtschafts- und Sozialraum

16. Dezember: Das Europäische Parlament und der Rat nehmen ein statistisches Programm der Gemeinschaft 2003-2007 an.

Wettbewerb

16. Dezember: Der Rat beschließt eine neue Verordnung zur Neufassung der Durchführungsvorschriften der Antitrustvorschriften des EG-Vertrags.

Nizza

18. Dezember: Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde des Vertrags von Nizza durch Irland

Rolle der EU in der Welt

19. Dezember: Gipfeltreffen Europäische Union – Kanada in Ottawa. Die Parteien befassen sich mit dem Stand der bilateralen Beziehungen sowie mit der Frage, wie sich die transatlantischen Bande, die sie im politischen und wirtschaftlichen Bereich verbinden, intensivieren lassen.

Haushalt

19. Dezember: Das Europäische Parlament stellt den Haushaltsplan 2003 fest. Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 99,686 Mrd. Euro und die Zahlungsermächtigungen auf 97,513 Mrd. Euro. Gegenüber 2002 sind die Verpflichtungsermächtigungen fast unverändert (+0,3%) geblieben. Bei den Zahlungsermächtigungen ist eine Steigerungsrate um 1,9% zu verzeichnen; dies spiegelt die Bemühungen der Mitgliedstaaten wider, ihre Haushaltspläne zu konsolidieren.

Sicherheit und Recht

20. Dezember: Die Kommission beschließt ein Grünbuch über ein europäisches Mahnverfahren und über Maßnahmen zur einfacheren und schnelleren Beilegung von Streitigkeiten mit geringem Streitwert.

Fischerei

20. Dezember: Der Rat erlässt Verordnungen über das Abwracken von Fischereifahrzeugen, über gemeinschaftliche Strukturmaßnahmen im Fischereisektor und über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiresourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik.

Verkehr

30. Dezember: Die Kommission nimmt einen Richtlinienvorschlag über Mindestanforderungen für die Sicherheit von Tunneln im transeuropäischen Straßennetz an.

Menschenrechte

30. Dezember: Die Kommission beschließt den Vorschlag für eine Verordnung betreffend den Handel mit bestimmten Ausrüstungsgegenständen und Waren, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden können.